

### Englands Gewerkschaften zur Arbeiteraktie

Auch in England wird seit längerer Zeit über das Problem sogenannter Arbeiteraktien diskutiert. Der Generalrat des Gewerkschaftsbundes hat eine Untersuchung darüber durchgeführt und dem letzten Jahreskongreß einen Bericht vorgelegt, in dem insbesondere die Gründe für die Gewährung eines Profitanteils und für die Einführung der Arbeiteraktie sowie ihr Umfang, ihr Einfluß auf die Produktion und auf die Beziehungen zwischen Arbeiter und Unternehmer dargestellt werden; auch die Auswirkungen auf die Lohnverhandlungen und auf die gewerkschaftliche Organisation wurden berücksichtigt. In der Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes *Gewerkschaftliche Rundschau* (9) gibt K. F. Bieligg (London) eine zusammenfassende Darstellung dieses Berichtes, der für uns auch im Zusammenhang mit dem diesjährigen *Europäischen Gespräch* von großem Interesse ist.

Zunächst ist die sehr begrenzte Bedeutung der Arbeiteraktien hervorzuheben. In England befindet sich der gesamte Aktienbesitz aller Gesellschaften in den Händen von nur 4 vH aller englischen Familien — und nur ein Fünftel dieser 4 vH sind Arbeitnehmer. Anders ausgedrückt: Nach Angaben des englischen Arbeitsministeriums bestanden 1954 Abmachungen für Partnerschaft und Profitbeteiligung für etwa 390 000 Arbeitnehmer, also für weniger als 5 vH der Gewerkschaftsmitglieder. Die dem Gewerkschaftsbund angeschlossenen Gewerkschaften verzeichnen 146 derartige Abkommen; die meisten sehen einen Anteil der Arbeitnehmer am Profit vor, 32 beziehen sich auf Aktien für Arbeitnehmer. Wörtlich schreibt Bieligg: „Dazu wird festgestellt, daß diese Aktien ihren Besitzern im allgemeinen nur sehr beschränkte Rechte gewähren. Außerdem repräsentieren sie nur einen geringen Teil des Gesamtkapitals der betreffenden Gesellschaften . . . Die Übersicht des Gewerkschaftsbundes hebt weiter hervor, daß die meisten Unternehmer es ablehnen, vor ihren Profiten den Arbeitern mehr abzugeben als sie gezwungen sind. Von den Arbeitern wird gesagt, daß sie es ohne Zweifel vorziehen, Verbesserungen durch eine regelmäßige Lohnzulage entgegenzunehmen, statt einer zufälligen Zahlung, über deren Höhe der Unternehmer allein entscheidet. Das ist auch einer der Gründe, die die Mehrzahl der Gewerkschaften veranlaßt, derartige Pläne auch weiterhin mit größter Vorsicht zu beurteilen.“

Der Generalrat des Gewerkschaftsbundes kommt auf Grund des ihm von den Verbänden zugesandten Materials zu folgender Stellung-

nahme: „Nach einer Untersuchung der vielen einzelnen Ergebnisse und der Stellungnahme der Verbände ist mit einer größeren Ausdehnung dieser Pläne in der nächsten Zukunft nicht zu rechnen. Sie werden auch in den Beziehungen zwischen Arbeiterschaft und Unternehmern keine bedeutende Rolle spielen . . . Nichtsdestoweniger ist es realistischer für die Gewerkschaften, die bestehenden Profitanteil-, Partnerschafts- und Arbeiteraktienpläne zu beeinflussen, statt ihre mögliche Wirkung auf die gewerkschaftlichen Interessen zu ignorieren. Nach Auffassung des Generalrats dürfte es deshalb für die Gewerkschaften zweckmäßig sein, diese Pläne als einen Teil des Lohnsystems und der Arbeitsbedingungen zu betrachten; d. h. wenn möglich als einen Zuschlag zum Lohn und als eine Verbesserung der Bedingungen bei Firmen, die mehr geben können als die Mindestlöhne oder Standardsätze. Das erfordert die Bereitschaft der Gewerkschaften, jeden solchen Plan auf seinen Inhalt zu prüfen und dabei zu berücksichtigen, ob die Ziele mit anderen Mitteln erreicht werden können. Dazu sollten alle diese Pläne nach ihrer Wirkung auf die Löhne, die gewerkschaftliche Organisation und ihre Tätigkeit für die Arbeiterschaft beurteilt werden.“

### Krise ohne Preisrückgang

Unter diesem Titel veröffentlichte kürzlich Prof. Dr. Max Weber, der jahrelang der Schweizer Bundesregierung als Vorsteher des Finanzdepartements angehörte und ein führender Wirtschaftspolitiker der schweizerischen Gewerkschaften ist, einen Aufsatz in verschiedenen Tageszeitungen, den dann auch die in Bern erscheinende Monatsschrift *Evolution* (9) übernahm. „Die Krise in den Vereinigten Staaten, die nun bald ein Jahr dauert, fällt ganz aus dem Rahmen“, konstatiert Max Weber, „denn sie ist gekennzeichnet durch Arbeitslosigkeit bei steigenden Preisen.“

Max Weber hält sich nicht lange bei der Beschreibung und Erklärung dieser neuen Krisenform auf, sondern stellt die wichtigere Frage, wie die Depression überwunden werden soll: „Jetzt fragen sich viele Wirtschaftstheoretiker und -politiker bange: Wie soll ein neuer Konjunkturaufschwung kommen, wenn die Preise nicht zurückgehen und die Löhne nicht sinken? Diese Betrachtungen übergehen einen entscheidenden Faktor: Gerade die Tatsache, daß die gegenwärtige Depression nicht zu einer allgemeinen Preisbaisse und zu Lohnrückgang geführt hat, wirkt einer Vertiefung der Krisis entgegen. Die »milde Rezession« in Amerika ist nur dadurch zu erklären. Würden die Konsumenten mit erheblichen Preissenkungen rechnen, so würde sich der Rückgang der Nachfrage rasch verschärfen.“

Auch das Verhalten der Börsen stehe damit im Zusammenhang. Sicher sei ferner, daß das Fehlen eines andauernden Deflationsprozesses

auch eine raschere Erholung begünstige. Andererseits bemerkt Max Weber warnend: „So günstig das Fehlen eines allgemeinen Preisrückganges als Damm gegen ein Umsichgreifen der Depression zu bewerten ist, so möchten wir doch die Gefahr einer ständig fortschreitenden Teuerung keineswegs bagatellisieren. Wir teilen nicht die Meinung einzelner amerikanischer Ökonomen, man könne und solle das Problem der Vollbeschäftigung einfach dadurch lösen, daß der Staat für eine fortwährende Erhöhung der Preise Sorge, was der Beschäftigung immer neuen Auftrieb gebe. Abgesehen davon, daß auf diese Weise das Entstehen von Störungsherden nicht vermieden wird, hat auch eine sogenannte schleichende Geldentwertung schädliche Folgen, und sie kann unter Umständen ein rascheres Tempo einschlagen, als beabsichtigt wird.“

Abschließend sagt Max Weber: „Wir halten aber auch die pessimistische Auffassung, die dauernde Vollbeschäftigung sei nur durch Inflationspolitik aufrechtzuerhalten, für ungerechtfertigt. Die menschliche Intelligenz, die die Geheimnisse des Atomkerns enthüllt hat, sollte es auch fertigbringen, Produktion und Konsum so aufeinander abzustimmen, daß die Wirtschaft im Gleichgewicht bleibt... Die bisherigen Erfahrungen im Sektor Krisenbekämpfung sind noch ganz ungenügend, und vor allem fehlt es an einer internationalen Zusammenarbeit. Wir sind überzeugt davon, daß die Gewerkschaften in allen Ländern ihre Hand bieten werden, die Verbesserung der Arbeitsbedingungen auf das Wachstum der Produktivität abzustimmen, wenn ihr Anspruch auf ihren gerechten Anteil daran anerkannt wird und die Bemühungen um Stabilisierung der Lebenshaltungskosten Erfolg haben. Die »Krise ohne Deflation« kann sich somit als eine Zwischienstufe zwischen der verhängnisvollen Krise des Laissez-faire-Kapitalismus und der zu erstrebenden stabilen Vollbeschäftigung erweisen.“

## Soziologische Probleme

Die *Schweizer Monatshefte* haben ein rund 130 Seiten umfassendes Sonderheft (November) über soziologische Probleme herausgebracht. Es enthält eine Reihe von Arbeiten, die auch für uns von großem Interesse und bleibendem Wert sind. So untersucht der bekannte französische Soziologe *Raymond Aron* den Zerfall der modernen Regierungssysteme (Mehrparteiensysteme, Einparteiensysteme), der in den USA und in Deutschland lehrende Professor für die Wissenschaft von der Politik *Carl J. Friedrich* schreibt über die Rolle der Propaganda in der Demokratie, der Kölner Soziologe Prof. *Rene König* untersucht Gestaltungsprobleme der Massengesellschaft, z. B. das Fortwirken alter Vorurteile, die sogenannte Vermassung u. a. Auch Spezialfragen, wie die Lage der Geisteswissenschaften in der industriellen Gesellschaft oder das Verhalten des Käufers in

der heutigen Gesellschaft, und Probleme der Sozialpsychiatrie werden von bedeutenden Gelehrten höchst anregend behandelt. Sehr nützlich ist eine Übersicht über die neuere soziologische Literatur.

Besonders interessant ist für uns eine Arbeit des Berner Soziologen Prof. *Richard F. Behrendt* über die Außenpolitik materiell unterentwickelter Länder. In übersichtlicher Gliederung stellt der Verfasser diese Probleme in überzeugender Weise dar. Wir müssen uns damit begnügen, einige Sätze aus dem letzten Kapitel („Unsere Aufgabe und unsere Möglichkeiten“) zu zitieren, um damit zur Lektüre der Arbeit und des ganzen Heftes anzuregen. Behrendt schreibt u. a.:

„Ein besseres Verständnis dieser Zusammenhänge würde die Einsicht fördern, daß wir unsere Stellung in der dynamisierten Welt von heute und morgen nicht durch Zusammenarbeit mit den Nutznießern hoffnungslos überholter statischer Gesellschaftsordnungen stärken können — und auch nicht dadurch, daß wir gesellschaftlich und politisch höchst labile Länder zu strategischen Brennpunkten der weltpolitischen Machtkonkurrenz machen und sie mit modernen Waffen beliefern, von denen wir nicht wissen können, ob und auf welcher Seite sie im Ernstfall benutzt werden würden, und die inzwischen zur Unterdrückung freier Regungen innerhalb der betreffenden Länder mißbraucht werden können. Ein besseres Verständnis dieser Zusammenhänge kann uns helfen, neue Wege zu einer positiven Politik echter Stärke zu finden: durch systematische, geduldige Nahrung gegenseitigen Vertrauens zwischen den noch nicht in die Sowjetsphäre einverleibten entwicklungsbedürftigen Völkern und uns und durch Nutzbarmachung unserer fast unbegrenzten Möglichkeiten zur Mitarbeit an der unvermeidlich langfristigen und graduellen Stärkung ihrer Produktionsfähigkeit, ihrer gesellschaftlichen Integrationskräfte und somit ihrer Fähigkeit zu politischer Stabilität und Freiheit.“

## Freizeit in der technisierten Welt

In der in Stuttgart erscheinenden sehr lebendig redigierten und allen heutigen Problemen aufgeschlossenen Zeitschrift *Die Welt der Frau* erschien im Juli ein Aufsatz „Freie Zeit ist noch lange nicht Freizeit“ aus der Feder von *Dr. Maria Borris*. Dieser Aufsatz hat zu einer sehr lebhaften Diskussion geführt, und im Novemberheft der *Welt der Frau* sind nun eine Reihe interessanter Äußerungen zum Problem der sinnvollen Gestaltung der Freizeit erschienen. Besonders bemerkenswert scheinen uns die Betrachtungen von Prof. *Helmuth Thielicke*, der u. a. schreibt:

„Die Freizeit, die von der Technik zur Verfügung gestellt wird, drängt darauf, sich auch von der Technik füllen zu lassen. Ich brauche nur an die ständige Geräuschkulisse zu erinnern,

die mir durch das Radio zur Verfügung gestellt wird. Ebenso gibt mir das Fernsehen die Möglichkeit, in ähnlicher Weise, wie ein Insekt am Fliegenfänger klebt, am Fernsehschirm zu hängen ... Der technische Lebensstil gibt mir die Möglichkeit, mein Leben ständig von außen her steuern zu lassen und auf jede eigene Bewegung und auf alle wachstümlichen Prozesse im eigenen Innern zu verzichten. Selbst die Liebespaare haben, wenn sie am Waldrand lagern, ein Kofferradio neben sich, um sich durch Jazzrhythmen stimulieren zu lassen. Sie haben sich offenbar wenig mehr zu sagen. Und es scheint, als ob sie seihst erotisch nicht mehr mit eigenem Dampf fahren, sondern sich technisch abschleppen lassen müssen. Die technisierte Welt der Massengesellschaft stellt darüber hinaus Amüsierfunktionäre zur Verfügung, die es ermöglichen, sich jederzeit von einem Vergnügungs- oder Rührungsservice bedienen zu lassen. Hier geht es um die Frage, ob und inwieweit wir fähig und bereit sind, auf Konsumtion zu verzichten. Es scheint mir eine Erziehungsaufgabe ersten Ranges zu sein, die in ihrer Bedeutung noch nicht entfernt ins allgemeine Bewußtsein getreten ist, daß wir unsere Jugend dazu bringen und anreizen, den permanenten Anrufen nicht zu verfallen, die uns von der technischen Welt her erreichen, sondern sie dazu bringen, selber Subjekt zu werden, selber etwas zu tun.

Es kommt darauf an, daß alle Instanzen, die mit der Führung und Bildung der Jugend zu tun haben, ganz gleich, ob es die Schulen, die Gewerkschaften, die Jugendverbände oder was immer sind, sich dafür verantwortlich fühlen, daß man wieder selber etwas zu unternehmen lernt... Denn hier ist man frei, auch wenn man es erst lernen muß, diese Freiheit zu nützen.

Jedes Managertum des Staates auf diesem Gebiet würde uns nur zu einem »Kraft-durch-Freude-Rummel« führen, der den Menschen gerade in funktionale Abhängigkeit triebe. Die Staatsjugend und also eine unmittelbare Leitung der Jugend durch den Staat wäre das letzte, was ich uns allen wünschen möchte. Wohl aber sind hier die Gremien gemeint, die mit Jugendarbeit zu tun haben. Der Staat selbst kann hier höchstens indirekt sofern wirksam werden, als er solche Aufgaben den Schulen mit überträgt. So wichtig diese Aufgabe auch ist, so läßt sich das Freizeitproblem doch nicht im großen durch Gesetzgebung oder durch staatliche Verordnungen lösen. Hier kann die Erneuerung nur im kleinen beginnen. Man soll sich hier nicht vor kleinen Zahlen und kleinen Anfängen fürchten. Gerade die wesentlichsten Dinge müssen oft so im kleinen beginnen. Es ist dann schon dafür gesorgt, daß sie sich durch Zellteilung oder durch Knollenbildung fortsetzen.“

*Dr. Walter Fabian*